

Aufstand gegen Amherd

- 29.08.2024
- Die Weltwoche
- Rafael Lutz

einer Farce. Das Ergebnis habe von Anfang an festgestanden: mehr Nato, weniger Neutralität. Rafael Lutz Ein Gespenst geht um in Bern - das Gespenst der Neutralitätszertrümmerung. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 hat sich das geopolitische Koordinatensystem verschoben. Die Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), Bundesrätin Viola Amherd (Mitte), will die Schweiz enger an die Nato anbinden.

Im Sommer 2023 hat die Wehrministerin eine Studienkommission eingesetzt. Von dieser erhoffen sich die VBS-Spitzen und der Bundesrat, «Impulse für die Sicherheitspolitik der kommenden Jahre» zu erhalten. Heute Donnerstag werden die Ergebnisse der Expertengruppe präsentiert. Die Resultate sollen als «Input» für den Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates 2025 dienen. Es gilt, Leitplanken für die künftige Aussenpolitik zu setzen.

«Neutralität ist moralisch problematisch» In welche Richtung die «Impulse» gehen werden, ist offenkundig. Denn in der Kommission wimmelt es nur so von Nato-affinen Experten. Diese einseitige politische Ausrichtung sorgte unlängst für einen regelrechten Eklat. In dessen Zentrum steht SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridez. Der jurassische Parlamentarier, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) sowie der Schweizer Delegation des Europarats, hat Amherds Studienkommission aus Protest verlassen.

Über die Gründe hat sich Fridez bislang nicht öffentlich geäußert. Nun packt er aus und schlägt umso wuchtiger zurück. In seinem Buch «Pourquoi les chars russes n'envahiront pas la Suisse», das ebenfalls heute veröffentlicht wird, rechnet Fridez mit der Kommission ab, die er als reine Farce wahrgenommen hat. «Ich bin der Ansicht, an den Arbeiten einer Alibi-Kommission teilgenommen zu haben, die lediglich dazu bestimmt war, bereits weitgehend getroffene Entscheidungen zu bestätigen», schreibt der SP-Nationalrat, der von 2019 bis 2023 auch der parlamentarischen Versammlung der Nato angehört hatte und ein Kenner Osteuropas ist. Die Experten seien nicht ergebnisoffen gewesen.

In erster Linie habe die Kommission Argumente gesucht, um die seit 2022 vorangetriebene Verteidigungspolitik von Amherd zu forcieren. Fridez weiter: «Da ich mich den Analysen und Empfehlungen (...) im Wesentlichen nicht anschliessen konnte, verliess ich die Kommission vor Abschluss ihrer Arbeit und betrachte dieses Buch als Gegenbericht zum Abschlussdokument der Kommission.

» Auch sonst rumorte es: Christian Catrina, der ehemalige Chef Sicherheitspolitik im VBS und einstige Partner seiner späteren Nachfolgerin Pálvi Pulli, der zunächst die Redaktion des Berichtes verantwortete, hat die Kommission bereits 2023 verlassen. Über die Gründe für sein Ausscheiden wird gemutmasst. Gemäss Blick hätte er den Bericht am liebsten im Alleingang geschrieben. Auf Anfragen der Weltwoche reagierte Catrina nicht. Fridez ist nicht das einzige Mitglied der Kommission, das Unbehagen verspürte.

Auch die Nationalräte Thomas Hurter (SVP) und Madonna Schiatter (Grüne) dachten offenbar darüber nach, dem Gremium den Rücken zu kehren, wie Le Temps Ende vergangene Woche berichtete. Die Unzufriedenheit muss gross gewesen sein. Vor dem Hintergrund der brisanten Aussagen von Fridez dürften auch die Resultate der Kommission verständlicher werden. Einzelne Äusserungen der Studienkommission sind unlängst bereits über den Blick an die Öffentlichkeit durchgesickert. «Die Nato bleibt auf absehbare Zeit die sicherheitspolitische Garantin Europas», so lautete eine Einschätzung der Studienkommission, wie das Ringier-Blatt Mitte August schrieb.

Und weiter: «Eine Kooperation mit der Nato kann die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz

stärken.» Mit dem Bündnis peilt die Kommission eine engere Kooperation an. Es gelte, die gemeinsame Verteidigung mit der Nato nicht bloss zu stär-«Russische Panzer werden nicht einmarschieren. Die Rheinschlacht wird nicht stattfinden.» ken, «sondern auch ernsthaft» vorzubereiten.

Kurzum: Man plädiert offenbar für gemeinsame Übungen mit dem Bündnis. Auch liebäugeln die Experten damit, das Kriegsmaterialgesetz zu lockern, um Waffenlieferungen an die Ukraine zu ermöglichen. Damit nehmen die Amherd-treuen Experten die Schweizer Neutralität massiv ins Fadenkreuz. «Die Neutralitätspolitik soll gegenüber dem Neutralitätsrecht ein stärkeres Gewicht erhalten», so die Kommission weiter. Es sind Aussagen, die eine Zäsur bedeuten.

In Bern betrachtet man den Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 offenbar als eine Art «Zeitenwende». Deshalb hat Amherd die Kommission ins Leben gerufen. Vorbild war die einstige Kommission Brunner, eingesetzt nach dem Untergang der Sowjetunion und benannt nach dem legendären Botschafter Edouard Brunner. Auch damals brach eine neue Epoche an, weshalb der Bundesrat die Sicherheitspolitik nach dem Fall der Berliner Mauer neu justieren wollte. Mit Blick auf die Personen, die in der heutigen Kommission Einsitz genommen haben, sind Aussagen betreffend Nato-Annäherung wenig überraschend.

Dort sassen jeweils ein Vertreter jeder Fraktion aus dem Parlament und auffällig viele Nato-affine Experten. Nach dem Abgang von Christian Catrina ging die Leitung an die Philosophin Katja Gentinetta Kritik prallt ab: Bundesrätin Amherd. (ehemals NZZ, Avenir Suisse), die seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine öffentlich für eine engere Anbindung an die Nato plädiert. Für Gentinetta ist die Neutralität seit dem russischen Angriff «moralisch und politisch problematisch geworden». Weitere Mitglieder waren unter anderem: Laurent Goetschel, Politikwissenschaftler und Swisspeace-Direktor, Wolfgang Ischinger, langjähriger Chef der Münchner Sicherheitskonferenz und einstiger deutscher Botschafter in Washington, Elisa Cadelli, Präsidentin des Think-Tanks Foraus sowie der grünliberale Historiker Marco Jorio.

Goetschels Swisspeace schulte Ukrainer beim Sammeln von Informationen über mutmassliche Kriegsverbrechen in der Ukraine. Ischinger ist durch und durch Atlantiker. Cadellis Foraus plädiert für eine Natound EU-Annäherung und steht seit längerem auf Kriegsfuss mit der bisherigen Neutralität. Letzteres gilt auch für Historiker Jorio, ein Kritiker der bewaffneten Neutralität, der etwa die Neutralitätsinitiative auch schon als «Pro-Putin-Initiative» bezeichnet hat. Den Vorsitz übte Valentin Vogt aus, der langjährige Präsident des Arbeitgeberverbandes.

Für den jurassischen SP-Nationalrat Fridez steht fest: Bei der Ausrichtung der künftigen Sicherheitspolitik begehe Bern grosse Fehler. Die Vorstellung, dass die Ukraine erst der Anfang sei und Russland sich auf einem imperialen Vormarsch gegen Europa befinde, beurteilt der Sicherheitspolitiker als falsch. Dem Nato-Kurs von Bundesrätin Amherd steht er skeptisch gegenüber. Mit einer Sicherheitspolitik, die gegen Russland gerichtet ist, manövriere sich die Schweiz ins Abseits. Bern rüste sich gegen «Risiken», die «niemals eintreten» werden.

Eine «Invasion der Schweiz durch einen Aggressor» Russland sei «völlig unwahrscheinlich». Doch von diesen Prämissen gehe Bern in seinen sicherheitspolitischen Strategien aus. «Russische Panzer werden nicht in die Schweiz einmarschieren! Die Rheinschlacht wird nicht stattfinden!», so der Jurassier. Gegenteil eines «Putin-Verstehers» Die Schweizer Aussenpolitik sollte zwingend an der Neutralität festhalten. Die Analyse von Fridez ist umso brisanter, weil man den SP-Nationalrat kaum als «Putin-Versteher» diskreditieren kann.

Ganz im Gegenteil: Im Europarat stimmte Fridez 2022 dafür, Moskau aus diesem auszuschliessen. Der Regierung Wladimir Putins sowie auch derjenigen des weissrussischen Machthabers Alexander Lukaschenko steht er sehr kritisch gegenüber. Damit dürfte sich Fridez auch im Bundeshaus Sympathien erworben haben. Doch weniger gefallen wird den VBS-Spitzen seine kritische Analyse zur Schweiz. Wie man inzwischen weiss, prallt in Amherds Departement jegliche Kritik ohnehin ab.